

P R E S S E D I E N S T

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 18,19, und 22 - Lehrerversorgung und Berufsausbildung von Jugendlichen - erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Reformen endlich mehrheitsfähig

Nr. 045.01 / 21.02.2001

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Schon vor zwei Jahren hat die grüne Landtagsfraktion Vorschläge für eine Reform der Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem und der schulischen Ausbildungsberufe gemacht.

Nun hat auch die CDU endlich erkannt, worum es geht: Nicht Qualitäts- und Lohndumping durch flächendeckende Kurzausbildung ist gefragt, sondern eine Modularisierung der einzelnen Ausbildungsinhalte. Sie soll einen Umstieg von einem Ausbildungsberuf zum nächsten ermöglichen, ohne noch einmal drei volle Jahre lernen zu müssen, sowie Leistungen auch dann in geeigneter Weise zertifizieren, wenn Jugendliche oder junge Erwachsene eine dreijährige Ausbildung nicht durchstehen.

Wie dies zu geschehen hat, welche Möglichkeiten hierzu auf Landesebene bestehen und welche Regelungen auf Bundesebene zu treffen sind, werden wir ausführlich im Fachausschuss besprechen.

Ziel ist: Allen SchulabgängerInnen eine qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung zu vermitteln und die derzeit hohe Quote von Ausbildungsabbrüchen zu drastisch zu senken.

Aber nicht nur die Gestaltung der beruflichen Erstausbildung, auch die LehrerInnen-Aus- und Fortbildung muss rasch reformiert werden, denn in den kommenden fünf Jahren wird in Schleswig-Holstein jede fünfte LehrerIn aus dem Schuldienst ausscheiden und deshalb werden erheblich mehr LehrerInnen benötigt, als an den Hochschulen studieren. Der Generationswechsel in der Lehrerschaft macht es einerseits dringend notwendig und andererseits leichter möglich, die Lehrerbildung und das Personalmanagement an Schulen neu auszurichten und zu flexibilisieren.

Grüne

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Besonders drastisch zeigt sich jetzt schon der Mangel an BerufsschullehrerInnen. Deshalb muss gerade für diese Berufsgruppe am schnellsten das Studium attraktiv und vor allem finanzierbar gemacht werden - möglichst auch durch Stipendien aus der Wirtschaft.

Für alle LehrerInnen in der zweiten Ausbildungsphase, aber insbesondere für die BerufsschulreferendarInnen müssen die Kürzungen der Ausbildungsvergütungen der letzten Jahre zurückgenommen werden. Die Nettogehälter haben derzeit fast die gleiche Höhe wie vor 23 Jahren !

Zugleich befinden sich die Schulen in einem rapiden Wandel und beginnen sich mehr der Gesellschaft und ihrem Umfeld zu öffnen. Transparenz über die reale Unterrichtsversorgung und mehr Flexibilität im Personalmanagement, auch mit Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen vor Ort werden dazu beitragen, dass Schulen sich generell zu einem Bildungs- und Lebenszentrum im Stadtteil oder der Gemeinde entwickeln.

Vor dem Hintergrund der Schulreformdebatte der Kultusministerkonferenz und der von der Ministerin angekündigten Neugestaltung der LehrerInnen-Aus- und Fortbildung hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor drei Wochen ein Aktionsprogramm zur Sicherung des Lehrernachwuchses mit Vorschlägen zu folgenden Punkten vorgelegt:

- ❖ Beseitigung des LehrerInnenengpasses,
- ❖ Öffnung der Schulen,

durch:

- ❖ Werbung und Information verbessern,
- ❖ die Ausbildung reformieren und verkürzen,
- ❖ Chancen für QuereinsteigerInnen schaffen,
- ❖ Erhöhung der Flexibilität im Personalmanagement.

Wir freuen uns, dass die Opposition sowohl mit ihrer Zustimmung zum Antrag "Schule und Jugendhilfe" vor einigen Wochen, als auch mit ihren eigenen Anträgen zur LehrerInnenbildung heute anders als früher diese Anliegen und damit den Reformkurs der Regierung unterstützt.

In dem rot-grünen Antrag wird die Landesregierung gebeten, bis Ende Mai zu berichten, welche Aktivitäten sie in Angriff genommen hat und insbesondere welche Vorschläge der Kommission zur Reform der LehrerInnenbildung, die im Auftrag des Bildungsministeriums arbeitet, umgesetzt werden.
